



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/80 - 5. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24821-83

Fernschreiber 0886390

Hinweise

auf den Inhalt:

CDU lässt die Jugend im Stich	S. 1
Die Umrüstung in England	S. 3
Die Veränderungen im Bundestag	S. 5
Nürnberger Hausbesitzer rebellieren	S. 7

Ein schwarzer Tag für die deutsche Jugend

Von Willi Eichler, Mitglied des Vorstandes der SPD

Der 3. April 1957 wird als schwarzer Tag in die junge Kulturgeschichte der Bundesrepublik eingehen. An diesem Tage hat die CDU im Haushaltsausschuss des Bundestages den sozialdemokratischen Antrag niedergestimmt, für den Schulhausbau 250 Mill. DM aus Bundesmitteln zur Verfügung zu stellen. Trotz aller Bemühungen von sozialdemokratischer Seite und trotz des stillschweigenden Eingeständnisses von Vertretern der Regierungsparteien, dass eine massive Förderung des Schulhausbau durch den Bund unbedingt notwendig ist, haben die CDU-abgeordneten im Haushaltsausschuss durch ihr Verhalten die fortschrittliche Entwicklung unseres Schulwesens blockiert. Dabei muss noch festgehalten werden, dass der Kulturausschuss des Bundestages den sozialdemokratischen Antrag in mitterratender Funktion bereits gebilligt hatte.

Die CDU-Vertreter im Ausschuss begründeten ihre Haltung mit dem formalen Hinweis darauf, dass der Schulhausbau Sache der Länder sei. Nun ist es aber auch den CDU-Abgeordneten des Bundestages nicht unbekannt, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Länder bei weitem nicht ausreicht, um auch nur annähernd den Nachholbedarf für den Schulhausbau decken zu können. Seit Jahren werden in den Länderparlamenten bei den Etatberatungen heftige Debatten um die Erhöhung der Ansätze für den Bau von neuen Schulen oder den Ausbau älterer Schulen geführt. Mit wenigen Ausnahmen enden diese Debatten mit der Feststellung des Finanzministers, das Land könne nicht mehr Geld ausgeben, seine Leistungsfähigkeit sei erschöpft.

Eben aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Bundestags-

fraktion das Problem der Finanzierung des Schulhausbaus vor den Bundestag gebracht. Die Hilferufe aus allen Ländern - auch aus den Ländern mit CDU-Regierungen! - waren so laut geworden, dass sie nicht mehr überhört werden konnten. Auch CDU-Minister und CDU-Abgeordnete haben in ihren Sonntagsreden darauf hingewiesen, dass der Bund einen Teil der Ausgaben für den Schulhausbau übernehmen müsse.

Im Vergleich zu dem Milliardenetat für die westdeutsche Aufrüstung, der ohne mit der Wimper zu zucken von den CDU-Abgeordneten im Bundestag bewilligt wird, wären die 250 Millionen DM für den Schulhausbau eine "Nebenausgabe" gewesen, die bei einigem guten Willen durchaus hätte realisiert werden können. Die CDU aber will aufrüsten. Um jeden Preis. Auch um den Preis der Vernachlässigung unserer Jugend.

Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags im Haushaltsausschuss des Bundestages droht die Gefahr, dass die Jugend in der Bundesrepublik vielerorts noch weitere Jahre zum Teil zusammengespercht in unmöglichen Schulräumen und im Schichtunterricht unterrichtet werden muss. Das ist eine Kulturschande!

Schon vor einigen Tagen - am 28. März - hatte die CDU im Haushaltsausschuss die von der SPD beantragten Mittel zur Förderung der Wissenschaft in Höhe von 755 Millionen DM abgelehnt. Nur 72 Millionen DM wurden bewilligt, wobei zu bemerken ist, dass dieser Haushaltstitel noch einen Sperrvermerk mit dem Zusatz erhalten soll, dass diese Summe nur dann verausgabt wird, wenn die Länder einen eigenen Betrag in Höhe von 100 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Für die Studentenförderung hatte die SPD auf der Basis des Honnefer Modells 110 Millionen DM beantragt. Auch dieser Antrag wurde von der CDU abgelehnt. Der bisherige 5 Millionen-Ansatz wurde lediglich auf 33 Millionen erhöht. Davon sollen 18 Millionen DM als Darlehen an Studenten, 12 Millionen DM für Beihilfen an Studenten, 2,1 Millionen DM für die Studienstiftung des deutschen Volkes und 0,9 Millionen DM für die Hochbegabten-Förderung eingesetzt werden.

Man sieht, auch auf diesem Gebiet versagt die CDU. Ihre Prominenz redet zwar viel von "Kultur", von Förderung der Wissenschaften und des akademischen Nachwuchses. Wenn aber etwas getan werden soll, steht sie nicht zu ihren Worten.

Die SPD wird sich durch dieses unbefriedigende Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages nicht entmutigen lassen und im Plenum weiter ihre Anträge verfolgen, deren Verwirklichung die Voraussetzung für eine tatkräftige Förderung von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik ist.

Folgerungen für die deutsche Situation

G.K. - Der bisher über den englischen Umrüstungsabsichten gelegene Schleier ist nun gelüftet worden. Die britischen Verteidigungsausgaben im Haushaltsjahr 1957/58 werden um rund 117 Millionen Pfund Sterling (etwa 1,4 Milliarden DM) gekürzt, die allgemeine Wehrpflicht wird im Jahre 1960 abgeschafft und ein grosser Teil der einstmalig so stolzen britischen Seeschlachtflotte soll verschrottet werden.

Natürlich hat diese Nachricht in der ganzen Welt - besonders aber in der Bundesrepublik - sensationell gewirkt. England demonstriert, dass es seine Verteidigung in erster Linie unter Berücksichtigung der eigenen nationaler Interessen organisieren will. Damit ist die ganze NATO-Konstruktion in Frage gestellt, die auf der Überlegung beruhte, dass alle Verteidigungsmassnahmen der Partner des Atlantikpaktes stets koordiniert bleiben sollen. Die "Times" hat das klar erkannt. Sie schreibt, die in Aussicht genommene Umrüstung werde die NATO beträchtlich berühren und "es müsste hier einen Konflikt geben, weil die offizielle Strategie der NATO auf die Verteidigung des Kontinents hinzielt für den Fall, dass die Abschreckung versagt. Weiter heisst es in der "Times": "Die Gefahr ist die, dass diese Art von Begründung dazu benutzt werden kann, weitere Kürzungen in der Zukunft zu rechtfertigen. Z.B. wird es einer britischen Armee 1962 schwerfallen, auch nur 50 000 Mann auf dem Kontinent zu unterhalten". Der konservative "Daily Telegraph" regt sogar noch weitere Einsparungen an, und der liberale "News Chronicle" betont, es sei unvermeidlich, dass "sie (die neue Struktur der Verteidigung) uns vorwärts zu ernsten politischen und militärischen Entscheidungen zieht, denen wir nicht ausweichen können".

Unter diesem Aspekt betrachtet, ist die jetzt angekündigte "Umrüstung" in England weitaus mehr als ein durch die fortschreitende Technik notwendig gewordener Vorgang. Die englische Umrüstung ist

der Beginn des grossen Umdenkens in der NATO und wahrscheinlich sogar der Ausgangspunkt für neue Überlegungen zum Abbau der militärischen Blockpolitik.

Die Tatsache aber, dass England jetzt die Wehrpflicht aufgibt, ist ein erneuter Hinweis auf die Haltlosigkeit der Bemühungen der Bundesregierung, ihr Steckenpferd Wehrpflicht noch in letzter Minute ins Rennen zu bringen. Von einer konservativen englischen Regierung wird die restaurative Regierung Adenauer mit ihrer Verteidigungskonzeption buchstäblich in die Ecke gestellt. Während wir hier in der Bundesrepublik unsere Jugend allgemeinverpflichtend in die Kasernen holen, wird die englische Jugend nach Hause geschickt. Selten ist der Anachronismus der Adenauer-Politik so sichtbar geworden, wie in diesem Augenblick. Grossbritannien demonstriert die Überflüssigkeit der veralteten Form des Wehraufbaus. Die Überlegung, ob England an Stelle eines Massenkörpers die atomare Verteidigung braucht, steht auf einem anderen Blatt. Auch diese Frage ist in England nicht unumstritten.

Für die Bundesrepublik und für die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes können die englischen Atom-Überlegungen kein Maßstab sein. Dort soll ein in sich geschlossenes Inselreich gegen einen eventuellen Angriff immun gemacht werden. Hier wären 70 Millionen Menschen im Ernstfalle der atomaren Verseuchung und der völligen Vernichtung ausgesetzt. Die notwendige Wiedervereinigung müsste dann ganz abgeschriebe werden, weil ja eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik auch die der sogenannten DDR nach sich ziehen und die Spannung zwischen Ost und West vergrössern würde.

Die Interessen des deutschen Volkes fordern gebieterisch die Konzentration aller Kräfte auf eine Entspannungspolitik und die Einsicht, dass die "Umrüstung" bei den Partnern des Atlantikpaktes unter Berücksichtigung ihrer eigenen nationalen Interessen begonnen hat.

Klärung der Fronten

sp. Der Bundestag hat auch im Verlaufe seiner zweiten Gesetzgebungsperiode eine Reihe von Veränderungen in seiner personellen und fraktionellen Zusammensetzung erfahren, die auf Todesfälle, freiwilligen Mandatsverzicht und die bereits bekannte Wanderung zwischen den Fraktionen zurückzuführen waren. Allerdings kam es im 2. Bundestag erstmalig zum offenen Bruch in der Bonner Koalition: ganze Fraktionen brachen auseinander und Parteien spalteten sich, weil sie der Machanspruch der alles beherrschenden wollenden CDU in eine Satellitenrolle hineingedrängt hatte, die auf die Dauer zur Selbstaufgabe dieser Parteien geführt haben würde. Insofern trat eine Klärung der Fronten ein, die gleichzeitig das Gesicht des diesjährigen Bundestagswahlkampfes bestimmt und seinen Ausgang für alle Beteiligten ungewisser erscheinen lässt als im Jahre 1953.

Der 2. Bundestag verzeichnet den Verlust von 14 Abgeordneten durch Todesfall und eines weiteren Abgeordneten (Schmidt-Wittmack, CDU) durch Übertritt in die Sowjetzone. Die SPD- und die CDU/Fraktion verloren je sechs, FDP und Zentrum je einen Abgeordneten.

Insgesamt 18 Abgeordnete verzichteten auf ihr Mandat, davon entfielen auf die SPD 3, die CDU/CSU 7, die FDP 6, die DP 1 und den Gesamtdeutschen Block ebenfalls 1 Abgeordnete. Ebenso wie bei den Ausfällen bei Todesfällen rückten von den Landeslisten der Parteien neue Abgeordnete auf die freigewordenen Plätze, so dass sich die Fraktionsstärken dadurch nicht veränderten. Da dem CDU-Abg. Schmidt-Wittmack das Mandat am 23.2.1955 aberkannt worden war, erhielt die CDU-Fraktion auch in diesem Fall Ersatz von der hamburgischen Landesliste.

Sichtbare Auflösungserscheinungen

Interessant und aufschlussreich ist der Wechsel, der im Verlaufe der 2. Legislaturperiode zwischen den Fraktionen stattfand. So zeigt die Regierungskoalition seit Juli 1955 sichtbare Auflösungserscheinungen. Am 12. Juli jenes Jahres trennten sich 8 BHE-Abgeordnete einschl. der Bundesminister Dr. Oberländer und Kraft von der bis dahin 28köpfigen BHE-Fraktion, die den Adenauer-Kurs nicht länger mitzumachen gewillt war und bildeten die "Gruppe Kraft/Oberländer". Diese bewahrte jedoch ihre Selbständigkeit nicht, sondern trat zunächst als Gast und am 20. März 1956 als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion bei. Lediglich der

P/XII/80

4. April 1957

Abgeordnete Körner schloss sich der FDP-Fraktion an.

Eine weitere politisch schwerwiegende Veränderung trat ein, als 16 Abgeordnete der FDP gleichfalls unter dem Einfluss des Bundeskanzlers ihre Partei verliessen und ihren Austritt aus der Fraktion erklärten, voran die Bundesminister Blücher, Dr. Freusker, Dr. Schäfer und Neumayer. Am 15.3.1956 bildeten sie die Fraktion "Demokratische Arbeitsgemeinschaft", benannten sich am 26.6.1956 in "Freie Volkspartei" um und vereinigten sich unter der Bezeichnung DP (FVP) am 14.3.1957 mit der Fraktion der Deutschen Partei.

Betrachtet man die "Wanderung zwischen den Fraktionen" nach dem Gesichtspunkt des zahlenmässigen Gewinns, so ergibt sich, dass die Deutsche Partei davon am meisten profitiert hat. Sie ging mit 15 Abgeordneten aus der Bundestagswahl hervor, erhielt am 18.11.1955 Zuwachs durch den Übertritt des bisherigen FDP-Abgeordneten Fassbender und am 18.12.1956 des Abgeordneten Platner von der CDU/CSU, so dass die DP-Fraktion nach der Vereinigung mit den 15 FVP-Abgeordneten 32 Abgeordnete zählt.

Zuwachs der CDU - aber nur im Bundestag

Der CDU, die mit 249 Abgeordneten aus der Wahl hervorging, schlossen sich die über die Zentrum-Landesliste gewählten Abgeordneten Heix und Rössing an. Mitte Juni 1954 trennten sich der Abgeordnete Dr. Lixus Kather und im Dezember 1956 der Abgeordnete Platner von ihr. Der erstere ging zum BHE, der andere zur DP. Dafür erhielt die CDU/CSU-Fraktion jedoch einen Ausgleich durch den BHE-Abgeordneten Meyer-Ronnenberg, sowie durch 7 Abgeordnete der "Gruppe Kraft/Oberländer". Dazu kamen am 23.6.1956 der FDP-Abgeordnete Dr. Wellhausen sowie am 4.1.1957 drei saarländische CDU-Abgeordnete (Kratz, Dr. Röder und Dr. Schäfer). Die der Bayernpartei angehörenden und mit Unterstützung der CSU gewählten Abgeordneten Dr. Prag und Gurnak, benutzten die Gelegenheit der Gründung der FVP, um zu dieser überzutreten.

Die Freien Demokraten verloren ausser den bereits genannten 16 "Abtrünnigen" den Abgeordneten Stegner, der sich später dem BHE anschloss, erhielten aber durch Dr. Czermak vom BHE einen zahlenmässigen Ausgleich. Dr. Körner, der ebenfalls vom BHE kam, trennte sich am 23.2.1956 wieder von der FDP und schloss sich der FVP an. Als Gast gehören seit dem 4.1.1957 die drei DPB-Abgeordneten aus dem Saarland zur

Fraktion, so dass diese noch eine Stärke von 37 Abgeordneten besitzt gegenüber 52 bei Beginn der 2. Gesetzgebungsperiode.

SPD - stabiler Faktor

Als einzige Partei blieb die SPD-Fraktion unberührt von der interfraktionellen Wanderung. Sie erhielt weder Zuwachs von anderen Fraktionen noch hatte sie Abgänge zu verzeichnen. Ihre Fraktionsstärke von 162 Abgeordneten erhöhte sich im Januar 1957 um die zwei sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem zurückgetretenen Saarland. Die Sozialdemokratie erweist sich somit wieder einmal als der stabile Faktor im deutschen Parlament wie in der deutschen Politik überhaupt. Nicht nur ihr politisches Konzept ist überzeugend und gewinnt immer mehr Freunde und Förderer, ihre Abgeordneten bekennen sich zu einem positiven politischen Programm - und stehen dazu - wie sie damals vor ihren Wählern als Kandidaten vertreten hatten.

* * *

"Umwege zum Geld"

Bei den Hausbesitzern in Nürnberg hat es geknallt. Man glaubt dort entdeckt zu haben, dass die CDU auf dem Umweg über die Mitgliederbeiträge des Hausbesitzervereins finanziert wird.

Die "Grund- und Hausbesitzerzeitung für Mittelfranken", das in Nürnberg erscheinende Organ des Verbandes, nimmt sich in ihrer letzten Ausgabe vom 31. März ihren derzeitigen Vorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten der CSU, Georg Stiller, mächtig vor, der 1956 auf Kosten des von ihm geleiteten Vereins zum Preise von monatlich 100.-- DM das "Wirtschaftsbild" des Herrn CDU-Schatzmeisters Bach bezogen haben soll.

In einem längeren Artikel auf der ersten Seite des Verbandsorgans wird unter der Überschrift "Umwege zum Geld" - "Hausbesitzerverein Nürnberg finanziert CDU?" - ausführlich auf die Debatte im Bundestag hingewiesen, in der vor einiger Zeit das "Wirtschaftsbild" der CDU eine erhebliche Rolle gespielt hat. "Man nannte die Affäre 'Wirtschaftsbild' offen im Bundestagsplenum 'Politische Korruption', und der Abgeordnete Dr. Dresbach von der CDU musste im Verlauf der Debatte über das 'Wirtschaftsbild' erklären: "Was hier an strafrechtlichem Dreck vorliegt, soll auch aufgefagt werden"

Nach einem Hinweis auf ein Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft in

Hildesheim, wo ein Verfahren gegen den Generaldirektor der Volkswagenwerke, Nordhoff, wegen des massenhaften Bezuges des "Wirtschaftsbildes" und damit der indirekten Finanzierung der CDU mit Hilfe öffentlicher Gelder läuft, heisst es dank in der Hausbesitzerzeitung: "Was hat das aber alles mit dem Hausbesitz, in einer Hausbesitzerzeitung zu tun? Die Antwort ist verhältnismässig einfach: Der derzeitige Vorsitzende des Grund- und Hausbesitzervereins in Nürnberg und Umgebung e.V. und Abgeordnete der CDU im 2. Bundestag bezieht - oder bezog jedenfalls im Jahre 1956 - auf Kosten des Nürnberger Hausbesitzervereins das "Wirtschaftsbild", dessen Überschüsse in die Kasse der CDU fliessen - nicht zum Preise von DM 50.--, auch nicht zum Preise von DM 25.--, für den eine verkleinerte Ausgabe geliefert wird, sondern zum Preise von DM 100.-- monatlich, wie bisher unwidersprochen behauptet worden ist."

Und weiter: "Der Bezug erfolgte, ohne dass die Vorstandschafft Kenntnis davon gehabt haben soll. Wenn es wahr ist, dass hier von den Vorsitzenden eines Vereins, der sich absoluter parteipolitischer Neutralität befleißigen muss, eigenmächtig zugunsten einer politischen Partei über Vereinsmittel verfügt worden ist, dann ist das gravierend genug. Selbst wenn man aber den Tatbestand als solchen nicht in seiner vollen Schwere würdigt, gibt es an der Sache noch etwas Erschwerendes: Hier soll, entgegen dem sonstigen Brauch, auch beim derzeitigen Vorsitzenden des Nürnberger Hausbesitzervereins - oder vielmehr besonders bei ihm - nicht etwa der geforderte Mindestpreis von DM 50.-- oder ein ermässigtger von DM 25.-- gezahlt worden sein, sondern doppelt soviel, nämlich DM 100.-- monatlich in die Kasse der CDU aus der Kasse des Nürnberger Hausbesitzervereins."

Dabei wird nicht behauptet, dass etwa 50.-- DM für das "Wirtschaftsbild" zu verantworten seien. Der Verein hätte dafür Fachliteratur, die zittert fehlt, beschaffen können, und selbst DM 50.-- sind in diesem Falle um genau DM 50.-- zuviel, von DM 100.-- monatlich ganz zu schweigen - selbst wenn sie überhaupt hätten gezahlt werden dürfen."

Vielleicht dient das Beispiel der Nürnberger Hausbesitzer auch für andere parteipolitisch neutrale Vereinigungen als Anregung zur Überprüfung ihrer Ausgaben. Es soll in der Bundesrepublik noch mehrere "Stiller" geben.

* * *